

WIE KAM ES ZUR RENAISSANCE DES KRIEGES IN EUROPA

Europa rüstet auf. Schon bei einem EU- Gipfel im März 2025 wurde auf Vorschlag der EU-Kommission beschlossen, bis 2030 € 800 Milliarden für Rüstungsprojekte auszugeben. Mit diesem „**Re Arm Europe Plan**“ will die Kommission den EU- Staaten erlauben, für ihre Verteidigung neue Schulden zu machen, ohne dabei ein EU- Defizitverfahren zu riskieren. Außerdem ist ein neuer EU- Fonds mit € 150 Milliarden an Krediten für Verteidigungsinvestitionen geplant. Damit können die Mitgliedstaaten etwa Luft- und Raketenabwehrsysteme, Artilleriesysteme, Munition, Drohnen oder Cyber-Abwehrsysteme gemeinsam einkaufen.

Obwohl die Landesverteidigung gemäß den europäischen Verträgen in die Kompetenz der Nationalstaaten fällt, sehen die Eliten in Brüssel plötzlich eine Chance darin, durch Krisen und Kriege ihre Macht zu stärken, die Entscheidungsfindung in der **Europäischen Union zu zentralisieren**. Jedenfalls hat die EU, insbesondere durch den Krieg in der Ukraine, ihre Rolle in der Außen- und Verteidigungspolitik wesentlich ausgebaut. Insbesondere die EU-Kommission erhielt in diesen Bereichen mehr Einfluss, es wurden neue Kompetenzen geschaffen.

Auch einzelne Staaten wollen in den nächsten Jahren stark aufrüsten. Deutschland will bis 2029 3,5 % des BIP für Verteidigung ausgeben; Frankreich 2,5 % bis 2030; Großbritannien 3 % des BIP „in der nahen Zukunft“. Bundeskanzler Friedrich Merz spricht ausdrücklich davon „die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee Europas“ auszubauen. Schwerpunkte der französischen Aufrüstung sind die nukleare Abschreckung, Munition, Luftverteidigung, Drohnen und die Vorbereitung auf hochintensive Kriege. In diesem Sinne hat der französische Generalstabschef Fabien Mandon deutlich gesagt, seine Landsleute müssen sich darauf vorbereiten, dass ihre Kinder im Krieg gegen Russland fallen. Die Regierung von Keir Starmer in Großbritannien erklärte, die Rüstungsausgaben ebenfalls zu erhöhen. Da einige Minister aber den dafür notwendigen Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich nicht zustimmten, kam es im Juni 2026 zum Rücktritt des Verteidigungsministers John Healey. Er bestand auf mehr Geld für sein Ressort.

Auch für andere Länder wird sich letztlich die Frage stellen, wie weit **Hochrüstung und Wohlfahrtsstaat** in Einklang gebracht werden können. Immerhin will Deutschland gegen Ende dieses Jahrzehnts jährlich € 150 Milliarden für das Militär ausgeben; Frankreich € 80 Milliarden jährlich; Großbritannien bis zu € 90 Milliarden jährlich. Bleibt die Frage, wie weit die Aufrüstung die eigene Volkswirtschaft fördert. Geld für Panzer und Raketen kann nicht gleichzeitig für Schulen, Infrastruktur oder das Gesundheitswesen ausgegeben werden. Der Einkauf von Kampfflugzeugen in den USA fördert die eigene Wirtschaft kaum. Viele Ökonomen sehen zivile Investitionen langfristig als produktiver an, was auch aus dem Artikel „Europe bets on military spending“ der New York Times vom 29. August 2025 hervorgeht.

Diese Politik der Aufrüstung steht jedenfalls im klaren Gegensatz zum Friedensprojekt, das nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa aufgebaut wurde. Beginnend mit dem 1949 gegründeten Europarat, fand eine „Revolution in der europäischen Außenpolitik“ statt. Die jahrhundertlang in diesem Bereich praktizierte Machtpolitik wurde abgelöst von einer Politik, die auf das Wohl der Bürger ausgerichtet war. War es traditionell das Ziel der Außenpolitik, Macht, Einfluss und Ruhm für das eigene Land zu gewinnen, so ging es nunmehr darum, gemeinsam die Lebensqualität der Bürger zu erhöhen. Aus Warfare wurde Welfare, aus Konfrontation Kooperation.

In den USA fand diese Revolution nicht statt. Dort galt nach wie vor der Grundsatz „Foreign Policy without the Backing of the Military, is like a Base-ball Game without a Base-ball Bat“. Das heißt, militärische Stärke wird als legitimes Mittel zur Durchsetzung nationaler Interessen angesehen. Andere Länder können allerdings eine derartige Haltung als Bedrohung empfinden. Dabei hat es auch in Amerika andere Stimmen gegeben. So hat **Steven Pinker** in seinem 2011 erschienenen Buch „The better Angels of our Nature-Why Violence has declined“ die These vertreten, dass die Geschichte der Menschheit nicht eine Geschichte zunehmender Gewalt ist, sondern langfristig eine Geschichte ihrer Eindämmung; durch den Rechtsstaat, durch Handel, Aufklärung, Menschenrechte oder die Stärkung von Vernunft und Empathie. Die Menschheit lebt heute, so Pinker, wahrscheinlich in der friedlichsten Epoche ihrer Geschichte. Der Harvard Professor argumentiert, dass Gewalt langfristig stark zurückgegangen ist und dass der moderne Staat mit seinem Gewaltmonopol Gewalt stark eingedämmt hat. Seine Thesen sah Pinker dadurch bestätigt, dass Großmächte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr Kriege gegeneinander geführt haben. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 und dem Ende des Ost-West- Konflikts wurde dieser Glaube, dass große Kriege in Europa der Vergangenheit angehören, noch gestärkt.

Ein weiterer, ganz entscheidender Faktor, warum machtpolitisches Denken nach Europa zurückgekehrt ist, war die **Osterweiterung der NATO**. Nach dem Sieg im Kalten Krieg und dem Zerfall der Sowjetunion setzte sich in den USA jene Gruppe durch, die diesen „einmaligen Moment“ nutzen wollte, um die amerikanische Vorherrschaft auch in Europa zu festigen und auszubauen. Selbst jene, die zunächst skeptisch waren und davor warnten, dass eine NATO- Osterweiterung russische nationalistische Tendenzen eher fördern als eindämmen könnte, wurden letztlich Befürworter der Erweiterung. Das hat Strobe Talbott, Russland- Experte und stellvertretender US-Außenminister in der Regierung von Bill Clinton, in seinem Buch „The Great Experiment: The Story of Ancient Empires, Modern States and the Quest for a Global Nation“ klar aufgezeigt. Als die NATO- Erweiterung 1997 begann, wurde im Westen vielfach argumentiert, diese „richte sich nicht gegen Russland“. In Russland sah man das allerdings anders. Schon Präsident Boris Jelzin, ansonsten dem Westen gegenüber äußerst gefügig, protestierte dagegen. Und der damalige finnische Staatspräsident Martti Ahtisaari betonte immer wieder, eine NATO- Erweiterung sollte mehr Sicherheit, und nicht mehr Unsicherheit; mehr Stabilität und nicht mehr Instabilität bringen. Es ist eben ein ehernes Gesetz der internationalen Beziehungen, dass man Großmächte nicht unnötig herausfordern soll, wie alle wissen, die sich noch an die „Cuban missile crisis“ des Jahres 1962 und die Reaktion von Präsident John F. Kennedy erinnern können.

Aber der machtpolitische Drang, den amerikanischen Einfluss in Europa, gerade in den früheren kommunistischen Ländern auszubauen, war zu groß. So argumentierte **Zbigniew Brzezinski** in seinem 1997 erschienenen Buch „The Grand Chessboard“, dass Eurasien das geopolitische Zentrum der Welt ist. Und wer Eurasien dominieren will, muss die Vorherrschaft über die Ukraine haben. „Ohne die Ukraine hört Russland auf, ein eurasisches Imperium zu sein“. Eine unabhängige Ukraine hingegen schwächt Russland, ein russischer Einfluss in der Ukraine würde Moskau stärken. Die Vorherrschaft in der Ukraine ist jedenfalls die Voraussetzung für eine Vorherrschaft in Eurasien.

Entsprechend wurden dann von den USA in der Ukraine jene Milliarden Dollar investiert, von denen die stellvertretende amerikanische Außenministerin Victoria Nuland die Berechtigung ihres Landes ableitete zu bestimmen, wer in Kiew regieren soll. Beim NATO- Gipfel 2008 haben sich der französische Präsident und die deutsche Bundeskanzlerin noch gegen eine NATO- Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens ausgesprochen, um Russland nicht zu provozieren. Doch anlässlich der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens 2013 wurde der Ukraine von Brüssel untersagt, eine „Brückenfunktion“ zwischen Ost und West einzunehmen, also eine Rolle, wie sie etwa Bundespräsident Rudolf Kirchschläger immer wieder für Österreich in Anspruch genommen hat. Durch den **Maidan- Putsch** wurde dann die damalige, demokratisch gewählte Regierung in Kiew gestürzt; die Krim wurde von Russland annektiert und das Schicksal nahm seinen Lauf.

Im September 2014 und im Februar 2015 wurden in Minsk unter Vermittlung von Angela Merkel und Francois Hollande in **Minsk Abkommen** vereinbart, um einen Waffenstillstand im Osten der Ukraine und eine politische Lösung für die Gebiete Donezk und Luhansk zu erreichen. Die Ukraine war aber nicht bereit, wesentliche Punkte des Minsker Abkommens umzusetzen. Der den beiden Ost- Provinzen zugesagte Sonderstatus wurde nie umgesetzt; vereinbarte Wahlen im lokalen Bereich wurde nie durchgeführt; der vereinbarte Waffenstillstand wurde von Kiew nie eingehalten. Später haben sowohl Merkel als auch Hollande erklärt, dass die Minsker Abkommen nur das Ziel verfolgten, der Ukraine Zeit zu verschaffen, um aufzurüsten.

Tatsächlich wurde die Ukraine **vom Westen massiv aufgerüstet**. Die USA, Großbritannien, Kanada und andere NATO- Staaten bildeten zehntausende ukrainische Soldaten aus. Modernste Kommunikations- und Aufklärungstechnik wurde in die Ukraine geliefert. Radarsysteme und Schutzausrüstung waren genauso Teil der Militärhilfe wie Panzerabwehrraketen. Ab 2022 wurden auch der Raketenwerfer HIMARS, Kampfpanzer wie der Leopard 2 und Abrams, Artilleriesysteme, Marschflugkörper und Kampfflugzeuge geliefert. Die Ukraine wurde praktisch zu einem militärischen Vorposten des Westens ausgebaut, weshalb der amerikanische Außenminister Marco Rubio wohl zu Recht von einem **Stellvertreterkrieg** sprechen konnte, der zwischen der Ukraine und Russland ausgetragen wurde. Diese Aussage steht jedenfalls im Gegensatz zu einem „unprovzierten Angriffskrieg“, von dem in den westlichen Medien immer wieder die Rede ist. Und schon lange vorher hat Ross Douthat unter der Überschrift „The American Empire in the fog of Ukraine“ geschrieben: „America is fighting Russia via proxy“. (New York Times July 3,2023)

Was waren weitere Ursachen für die Renaissance des Krieges in Europa? Schon sehr bald nach seiner Amtsübernahme wurde mit der **Dämonisierung** des russischen Präsidenten Wladimir Putin begonnen. Bereits 2003 stellte ihn der Economist als „Vlad the Impalor“, als Blutsauger dar. Systematisch wurde Putin als „neuer Hitler“ bezeichnet, so wie vor ihm Slobodan Milosevic, Saddam Hussein, Muammar Gaddafi oder andere, dem Westen unliebsame Zeitgenossen. Und wenn jemand ein neuer Hitler ist, ist jede Vorgangsweise gegen ihn erlaubt. Vor allem dann, wenn man, wie es der amerikanischen Tradition entspricht, selbst immer ein Opfer ist und nur für das Gute steht. In diesem Sinne vertritt John W. Dover in seinem Buch „Cultures of War“ die These, dass Kriege nicht nur durch Machtinteressen entstehen, sondern auch durch historische Mythen, kulturelle Selbstbilder, Feindbilder und ideologische Vorurteile. Das fördert moralische Selbstgerechtigkeit, die Dämonisierung des Gegners und die Verdrängung der eigenen Verantwortung.

Von Wladimir Wladimirowitsch wird jedenfalls immer wieder ein Bild gezeichnet, das zum Teil stimmen mag, vielleicht aber auch nicht. So schreibt Stig Förster in seinem an sich sehr interessanten Buch über die „Deutsche Militärgeschichte“, dass es das **Ziel Putins** ist, „die sowjetische Niederlage im Kalten Krieg rückgängig zu machen und den traditionellen Herrschaftsbereich Russlands zurückzugewinnen“. Ist es tatsächlich so oder geht es dem russischen Präsidenten einfach um Sicherheitsinteressen für sein Land? Kann man tatsächlich sagen, Putin will „einen allgemeinen Krieg vom Zaun brechen“, wie Hitler in den 1930er Jahren, nur um keinen Kompromiss eingehen zu müssen? Aber ist nicht jede Diplomatie auf Kompromisse angewiesen?

Die Eliten in Brüssel haben sich wesentlich stärker auf den Krieg in der Ukraine konzentriert als auf Verhandlungen und friedliche Lösungen. Als die Spannungen immer stärker wurden und Putin im Herbst 2021 für sein Land Sicherheitsgarantien vorschlug, wonach sich die Ukraine militärisch neutral erklären sollte und sich verpflichtete, keine offensiven Waffensysteme nahe der russischen Grenze aufzustellen, wurden diese Vorschläge „nicht einmal ignoriert“, wie NATO- Generalsekretär Stoltenberg bemerkte. Dabei entsprachen diese Vorschläge, die auch den Schutz der russischen Minderheit beinhalteten, weitgehend dem, was Österreich in Staatsvertrag und **Neutralität** den Alliierten zugestand. Bei uns wurden diese Zugeständnisse noch 70 Jahre später als „Wiedererlangung von Freiheit und Souveränität“ gefeiert. Der Ukraine hingegen erklärte man, diese Zugeständnisse bedeuteten Unfreiheit und Kapitulation. Ja, als Präsident Selenskij nach dem russischen Einmarsch im Februar 2022 den Anschein erweckte einzulenken, flog der damalige britische Premierminister Boris Johnson nach Kiew und sicherte eine militärische Unterstützung zu „as long as it takes“.

Folgte die EU bei der Unterstützung der Ukraine zunächst der Führungsrolle der USA im Rahmen der „westlichen Wertegemeinschaft“, so änderte sich die Situation, als sich mit Donald Trump die amerikanische Haltung änderte. Unter Präsident Joe Biden war die amerikanische Politik klar darauf ausgerichtet, mithilfe der Ukraine Russland massiv zu schwächen. Die Strategie von Donald Trump hingegen zielte darauf ab, den Druck auf beide Konfliktparteien zu steigern, um den Krieg zu beenden. Vor allem beurteilte die Regierung Trump eine NATO- Mitgliedschaft der Ukraine eher skeptisch. Die Amerikaner erkannten die Schwierigkeiten der Situation und „the Business of America is Business“, wie Präsident Calvin Coolidge schon vor 100 Jahren feststellte. Brüssel hingegen verlangte umso stärker, dass wir „kriegstüchtig werden müssen“. Dabei hat man offensichtlich vergessen, dass es für eine Sicherheit in Europa keine militärische Lösung gibt, sondern nur Lösungen auf dem Verhandlungswege. So wurde der Krieg in der Ukraine zunehmend ein **Krieg der EU gegen Russland**.

Die finanzielle Unterstützung der Ukraine durch die EU wurde verstärkt, genauso wie die Waffenlieferungen oder die Unterstützung durch die Geheimdienste, wobei sich auch Großbritannien in besonderer Weise immer wieder profiliert. Führende westliche Medien bestehen auf der bedingungslosen Unterstützung der Ukraine. Militärische Schläge in die Tiefe Russlands werden gefeiert, die von ukrainischer Seite genannten hohen Zahlen an russischen Opfern werden begrüßt. Das Motto lautet „Wir wollen, dass Russland noch stärker brennt“, wie das Nachrichtenportal Politico das ukrainische Verteidigungsministerium zitiert. Damit begründet man von ukrainischer Seite die Forderung nach zusätzlich \$ 20 Milliarden Militärhilfe für Angriffe auf die russische Logistik, auf Energie- und Militärziele. Dass eine Atommacht, deren Opferzahlen jährlich über einer halben Million liegen, auf die Idee kommen könnte, vom nuklearen Waffen Gebrauch zu machen, wird kaum erwähnt. Dabei gibt es zahlreiche Beispiele dafür, dass sich moderne Kriege hin zu einer immer extremeren Form der Gewalt entwickeln.

Die EU hat im Ukraine- Krieg die **gefährlichste aller Strategien** gewählt: Hochrüstung bei gleichzeitiger Gesprächsverweigerung mit der anderen Seite. Auch im Kalten Krieg wurde in einem Ausmaß gerüstet, wie es vorher in Friedenszeiten nie der Fall war. Aber gleichzeitig gab es Gespräche, Abkommen über eine Rüstungsbegrenzung und Gipfeltreffen.

Ein Grund für diese **Radikalisierung** ist, dass die Außen- und Sicherheitspolitik der EU zunehmend den Polen und Balten übertragen wurde. Kaja Kallas aus Estland wurde 2024 Außenbeauftragte der EU; der für die Verteidigung zuständige Kommissar ist Andrius Kubilius aus Litauen. So sehr diese Länder im Laufe der Geschichte immer wieder unter Russland gelitten haben, das europäische Friedensprojekt nach dem Zweiten Weltkrieg baute darauf auf, alte Feindschaften beizulegen und eine neue Zusammenarbeit zu suchen. Dieses Friedensprojekt wurde im Zusammenhang mit dem Ukraine- Krieg auf den Kopf gestellt. Dies auch deshalb, weil sich führende Politiker in Berlin, Paris und London als „Kriegsherren“ profilieren wollten. Man pilgerte selbst zu Donald Trump, um seine Friedensbemühungen einzubremsen. Dabei kämpfen Merz, Macron und Starmer im eigenen Land um das politische Überleben. Oder versucht man, sich gerade deshalb in einem Krieg zu profilieren? Glaubt man vielleicht, der Aufbau äußerer Feinde führt zu mehr Geschlossenheit im Inneren? Will man von sozialen und wirtschaftlichen Problemen im eigenen Land ablenken?

Dabei beruft man sich regelmäßig auf Meldungen des „britischen Geheimdienstes“, wonach „Putin“ in fünf Jahren den Rest Europas angreifen will. Aber warum sollte er? Russland verfügt über genug Landmasse und hat von friedlichen Beziehungen mit dem Rest Europas genauso profitiert wie diese Länder. Dass es beim Krieg in der Ukraine nicht um Land, sondern vor allem um russische Sicherheitsinteressen geht, darf nicht einmal erwähnt

werden. Da dieser Krieg aber in gefährlicher Weise eskaliert, wäre es an der Zeit, einmal nüchtern zu analysieren, was Propaganda ist, was Realität. Irrtümer sind in jedem Krieg eine schicksalhafte Notwendigkeit. Aber gerade deshalb sollte man versuchen, die eigene Lage und die des Gegners so zu sehen, wie sie wirklich ist.

Eine mögliche Lösung für den Krieg in der Ukraine haben Klaus von Dohnanyi und Erich Vad in ihrem Buch „**Frieden- Wie geht das?**“ aufgezeigt, wenn sie schreiben, Frieden entsteht nicht durch Eskalation, sondern durch Dialog, Verhandlungen und den Mut zur politischen Klugheit. Gesprächsbereitschaft, Augenmaß und Verantwortung ist in diesem Sinne von allen Seiten gefordert.

() Dr. Wendelin Ettmayer; ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat; österreichischer Botschafter in Finnland/Estland; Kanada/Jamaika und beim Europarat; Autor
www.wendelinettmayer.at*